



Mittwoch, 14. Januar 2026, 17:00 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Armut in Vollzeit

Erwerbsarbeit hat ihren gesellschaftlichen Status verloren und ist nun mehr moralischer Zwang als Mittel zur Existenzsicherung.

von Günther Burbach
Foto: one photo/Shutterstock.com

Dass Erwerbsarbeit in Deutschland heute nicht mehr zuverlässig vor Armut schützt, ist kein Naturereignis. Es ist das Ergebnis einer langen politischen und ökonomischen Entwicklung, die oft als Modernisierung

verkauft wurde, tatsächlich aber zu einer schleichenden Entwertung von Arbeit geführt hat. Was international als „Working Poor“ bezeichnet wird – Menschen, die trotz Arbeit arm bleiben –, taucht in der deutschen Debatte oft nur verklausuliert auf. Wer Working Poor allein über individuelle Lebenslagen erklärt, verkennt die Ursachen.

Bis in die 1980er-Jahre galt Erwerbsarbeit in Westdeutschland weitgehend als soziale Sicherheitsgarantie. Tarifbindung, Flächentarifverträge und ein relativ überschaubarer Niedriglohnsektor sorgten dafür, dass selbst einfache Tätigkeiten ein existenzsicherndes Einkommen ermöglichten. Diese Ordnung begann nicht abrupt zu zerbrechen, sondern wurde Schritt für Schritt ausgehöhlt – politisch gewollt, wirtschaftlich legitimiert und sozial flankiert.

Ein zentraler Einschnitt war die systematische Ausweitung atypischer Beschäftigung. Teilzeit, befristete Verträge, Minijobs und insbesondere Leiharbeit wurden nicht als Ausnahme, sondern als Flexibilisierungsinstrument etabliert. Unternehmen sollten wettbewerbsfähig bleiben, Beschäftigungshürden gesenkt werden. Die Kehrseite dieser Strategie war von Anfang an bekannt: geringere Löhne, weniger Planungssicherheit, schwächere soziale Absicherung.

Gerade die Leiharbeit entwickelte sich zu einem dauerhaften Niedriglohnsektor innerhalb des regulären Arbeitsmarkts. Ursprünglich als kurzfristiges Überbrückungsinstrument gedacht, wurde sie zu einem Geschäftsmodell. Beschäftigte arbeiteten dauerhaft unter tariflichen Standards, oft mit identischer

Tätigkeit wie die Stammebelegschaft, aber zu deutlich schlechteren Konditionen.

Der Übergang in reguläre Beschäftigung blieb vielfach aus.

An dieser Stelle lohnt ein nüchterner Blick auf die Rolle der Gewerkschaften. Ohne sie wäre die Situation zweifellos schlechter. Tarifverträge, Mitbestimmung und Arbeitsrecht sind ohne gewerkschaftlichen Druck nicht denkbar. Gleichzeitig muss festgestellt werden: Die Gewerkschaften haben zentrale Entwicklungen zu lange akzeptiert oder unterschätzt. Besonders beim Thema Leiharbeit und Ausgliederung wurden Kompromisse geschlossen, die sich langfristig als folgenswer erwiesen haben.

Die Hoffnung, atypische Beschäftigung werde eine Brücke in reguläre Arbeit sein, erfüllte sich nicht. Stattdessen entstand ein dauerhaftes Segment schlecht bezahlter Arbeit, das sich der klassischen Tariflogik entzieht. Tarifbindung sank, insbesondere im Dienstleistungssektor. In vielen Branchen existieren heute faktisch keine flächendeckenden Tarifstandards mehr. Wo Tarifverträge gelten, werden sie umgangen, durch Werkverträge, Subunternehmen, Befristungen.

Der Mindestlohn hat diese Entwicklung nur teilweise korrigiert. Er setzt eine Untergrenze, ersetzt aber keine Tarifpolitik. Zudem wurde er politisch so austariert, dass er Beschäftigung nicht „gefährden“ sollte. Das Ergebnis ist ein Lohnniveau, das formal vor extremer Armut schützt, aber real kaum Spielräume lässt, insbesondere in Regionen mit hohen Wohnkosten.

Hinzu kommt ein strukturelles Ungleichgewicht zwischen Lohnentwicklung und Lebenshaltungskosten. Während Löhne im unteren Bereich über Jahre nur moderat stiegen, explodierten Mieten, Energiepreise und Lebensmittelkosten. Diese Schere ist kein Zufall, sondern Folge politischer Prioritätensetzungen.

Arbeitskosten wurden gedrückt, Wohn- und Energiekosten dem Markt überlassen.

Working Poor sind damit nicht das Ergebnis individueller Fehlentscheidungen, sondern Ausdruck einer Verschiebung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Arbeit wurde flexibilisiert, Risiken wurden individualisiert. Wer heute arbeitet, trägt nicht nur die Last der eigenen Existenzsicherung, sondern auch die Folgen eines Systems, das Sicherheit zunehmend privatisiert.

Besonders problematisch ist, dass diese Entwicklung lange als Erfolgsgeschichte erzählt wurde. Sinkende Arbeitslosigkeit galt als Beweis für funktionierende Reformen. Dass gleichzeitig Millionen Menschen trotz Arbeit kaum über die Runden kommen, blieb politisch zweitrangig. Arbeit wurde gezählt, nicht bewertet.

Der Niedriglohnsektor ist deshalb kein Unfall, sondern Teil eines ökonomischen Modells. Gewerkschaften haben in diesem Modell wichtige Kämpfe geführt, aber auch Niederlagen erlitten, die selten offen bilanziert werden. Die Folgen tragen heute jene, die arbeiten und dennoch arm bleiben.

Working Poor sind somit kein soziales Randproblem, sondern ein strukturelles Warnsignal. Sie zeigen, dass Arbeit ihren gesellschaftlichen Status verändert hat. Sie ist Pflicht geblieben, aber Schutzversprechen wurden stillschweigend zurückgenommen.

Branchen, Mechanismen und das politische Wegsehen

Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist kein homogener Bereich, sondern ein Geflecht aus Branchen, Vertragsformen und institutionellen Versäumnissen. Besonders betroffen sind

Tätigkeiten, die zwar gesellschaftlich unverzichtbar sind, aber geringe Verhandlungsmacht besitzen. Dazu zählen der Einzelhandel, große Teile der Pflege, Logistik und Paketdienste, Gebäudereinigung, Gastronomie, Sicherheitsdienste sowie Teile der industriellen Zulieferketten.

In diesen Bereichen ist die Tarifbindung besonders niedrig. Während in der Industrie tariflich abgesicherte Vollzeitstellen lange Zeit der Standard waren, dominieren in vielen Dienstleistungsbranchen heute Haustarifverträge, tariflose Betriebe oder Konstruktionen, die Tarifverträge faktisch aushebeln. Unternehmen lagern Tätigkeiten aus, gründen Tochterfirmen oder vergeben Aufträge an Subunternehmen. Die Arbeit bleibt dieselbe, die Bezahlung sinkt.

Gerade im Einzelhandel zeigt sich diese Entwicklung deutlich. Große Ketten setzen systematisch auf Teilzeit, flexible Arbeitszeiten und geringe Grundlöhne. Beschäftigte müssen ständig verfügbar sein, haben aber kaum Einfluss auf ihre Stundenzahl. Wer mehr arbeiten möchte, bekommt die Stunden oft nicht. Wer sich beschwert, gilt als schwierig.

Tarifverträge existieren zwar noch, gelten aber längst nicht mehr flächendeckend. Viele Unternehmen sind aus Arbeitgeberverbänden ausgetreten oder wenden Tarifverträge nur noch selektiv an.

Ähnlich verhält es sich in der Logistik. Paketdienste und Lieferketten arbeiten mit hohem Zeitdruck und niedrigen Margen. Der Wettbewerb wird über Kosten geführt, nicht über Qualität. Leiharbeit und Werkverträge sind hier keine Ausnahme, sondern Geschäftsgrundlage. Beschäftigte wechseln häufig den Arbeitgeber, nicht aus freien Stücken, sondern weil Verträge auslaufen oder Subunternehmer wechseln. Stabilität entsteht so nicht.

Die Pflege ist ein Sonderfall. Hier ist der Fachkräftemangel offensichtlich, die gesellschaftliche Anerkennung hoch, zumindest rhetorisch. Dennoch bleibt die Bezahlung in vielen Bereichen niedrig, insbesondere in der Pflegeassistenz und in privaten Einrichtungen. Tarifbindung ist uneinheitlich, Arbeitsbelastung hoch. Viele Beschäftigte reduzieren ihre Arbeitszeit aus gesundheitlichen Gründen und rutschen dadurch trotz Arbeit in finanzielle Unsicherheit.

Diese Branchen verbindet ein strukturelles Problem: Arbeit wird entkoppelt von Existenzsicherung. Der Mindestlohn setzt eine formale Untergrenze, ersetzt aber keine tarifliche Lohnentwicklung. Er wirkt nach unten begrenzend, nicht nach oben stabilisierend. Zudem wurde er politisch bewusst so gestaltet, dass er keine „Beschäftigungseffekte“ gefährdet. Das Resultat ist ein Lohnniveau, das rechnerisch reicht, praktisch aber kaum Spielräume lässt.

Die Gewerkschaften stehen in diesem Umfeld vor einem Dilemma. In klassischen Industriebereichen verfügen sie weiterhin über Durchsetzungskraft. In fragmentierten Dienstleistungsbranchen ist diese Macht stark eingeschränkt. Organisierung ist schwierig, Fluktuation hoch, Angst vor Jobverlust präsent. Streiks treffen nicht mehr den Kernbetrieb, sondern ausgelagerte Einheiten. Das schwächt die Verhandlungsposition erheblich.

Hinzu kommt, dass Gewerkschaften in den Reformjahren der frühen 2000er-Jahre zentrale Weichenstellungen mitgetragen oder hingenommen haben. Die Ausweitung von Leiharbeit, die Lockerung von Befristungen, die Akzeptanz von Minijobs, all das geschah nicht im luftleeren Raum. Es war Teil eines politischen Konsenses, der Beschäftigung priorisierte und Lohnfragen nachrangig behandelte. Rückblickend zeigt sich, dass diese Strategie einen Preis hatte.

Der Preis zeigt sich heute in einer Arbeitswelt, in der

Vollzeitarbeit nicht automatisch Sicherheit bedeutet. Besonders problematisch ist die Situation für Haushalte mit nur einem Einkommen oder mit zusätzlichen Belastungen, etwa durch Kinder, Pflege oder Krankheit. Hier reicht selbst kontinuierliche Erwerbsarbeit oft nicht aus, um ein stabiles Leben zu führen.

Politisch wurde diese Entwicklung lange ausgeblendet. Sinkende Arbeitslosenzahlen galten als Erfolg, die Qualität der Beschäftigung spielte eine untergeordnete Rolle. Dass Millionen Menschen trotz Arbeit auf ergänzende Leistungen angewiesen sind oder dauerhaft am Existenzminimum leben, wurde als individuelles Problem behandelt, nicht als strukturelles Warnsignal.

Inflation und steigende Wohnkosten haben diese Schieflage zuletzt verschärft. Während Preise schnell steigen, reagieren Löhne träge. Tarifverhandlungen brauchen Zeit, Mindestloohnerhöhungen werden politisch verzögert. Für Working Poor bedeutet das reale Einkommensverluste, selbst wenn das nominale Einkommen gleich bleibt oder leicht steigt.

Gesellschaftliche Folgen, politische Leerstelle und der Verlust eines Versprechens

Die Existenz von Working Poor stellt nicht nur ein soziales, sondern ein grundlegendes gesellschaftliches Problem dar. Sie markiert den Punkt, an dem ein zentrales Versprechen der sozialen Marktwirtschaft brüchig geworden ist: dass Erwerbsarbeit ein Mindestmaß an Sicherheit garantiert.

Mit der Ausbreitung prekärer Beschäftigung und eines dauerhaften Niedriglohnsektors hat sich dieses Verhältnis verschoben. Arbeit ist

geblieben, Sicherheit ist geschrumpft. Die Folgen sind nicht nur materiell, sondern politisch und kulturell. Denn wenn Leistung nicht mehr schützt, verliert sie ihre legitimierende Kraft.

Auffällig ist, wie still diese Entwicklung verläuft. Diese Unsichtbarkeit hat Konsequenzen für den öffentlichen Diskurs. Armut wird weiterhin vor allem mit Nichterwerbstätigkeit verbunden. Erwerbsarbeit gilt als Lösung, nicht als Teil des Problems. Wer arbeitet, wird statistisch als Erfolg verbucht. Ob diese Arbeit ein Leben ermöglicht, rückt in den Hintergrund. So entsteht eine politische Leerstelle, in der Working Poor zwar existieren, aber kaum adressiert werden.

Hinzu kommt eine moralische Verschiebung. Erwerbsarbeit wird zunehmend als individuelle Pflicht interpretiert, nicht als gesellschaftlicher Vertrag. Wer arbeitet und dennoch nicht auskommt, gilt schnell als jemand, der „etwas falsch macht“: zu wenig Qualifikation, falsche Branche, falsche Entscheidungen. Die strukturellen Ursachen treten in den Hintergrund, individuelle Verantwortung rückt nach vorn. Das entlastet Politik und Institutionen und isoliert die Betroffenen.

Besonders problematisch ist diese Entwicklung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn Menschen trotz Arbeit dauerhaft in Unsicherheit leben, verlieren sie Vertrauen. Nicht unbedingt laut, nicht unbedingt radikal. Aber schleichend. Vertrauen in Tarifversprechen, in politische Ankündigungen, in die Idee, dass Anstrengung sich lohnt. Dieses Misstrauen äußert sich selten in offenen Konflikten, sondern in Rückzug, Resignation und innerer Distanz.

Auch demokratisch ist das nicht folgenlos. Eine Gesellschaft, in der wachsende Teile der arbeitenden Bevölkerung den Eindruck haben, dass ihre Lebensrealität politisch nicht vorkommt, erzeugt

Entfremdung. Wer arbeitet und dennoch ständig rechnen muss, wer keine Rücklagen bilden kann, wer jeden Monat als Ausnahmezustand erlebt, fühlt sich von politischen Debatten über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit oder Reformen kaum angesprochen.

Gleichzeitig bleibt das Thema politisch heikel. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Working Poor würde zentrale Grundannahmen infrage stellen: die Rolle des Niedriglohnsektors, die Priorisierung von Flexibilität, die Wirksamkeit des Mindestlohns, die Reichweite tariflicher Sicherung. Sie würde auch unbequeme Fragen an Gewerkschaften, Parteien und Wirtschaftsverbände richten. Solange diese Debatte ausbleibt, bleibt auch das Problem ungelöst.

Die Folgen zeigen sich nicht sofort, sondern langfristig. Working Poor haben kaum Möglichkeiten zur Vorsorge. Sie sparen nicht, weil sie es nicht können. Krankheit, Pflege oder Alter treffen sie unvorbereitet. Die Risiken verschieben sich zeitlich, vom Erwerbsleben in spätere Lebensphasen. Altersarmut, gesundheitliche Probleme und soziale Isolation sind absehbare Konsequenzen einer Arbeitswelt, die Sicherheit systematisch abbaut.

Dabei ist entscheidend: Working Poor sind kein Übergangsphänomen. Sie warten nicht auf den nächsten Karriereschritt. Für viele ist ihre Lage dauerhaft. Branchenwechsel hilft selten, Weiterbildung ist oft unrealistisch, Vollzeitstellen fehlen. Das Narrativ vom individuellen Aufstieg greift hier nicht mehr. Stattdessen entsteht eine neue Normalität: Arbeit ohne Perspektive.

Diese Normalität wird bislang hingenommen, weil sie funktioniert. Die Regale sind gefüllt, Pakete kommen an, Pflege findet statt. Doch der Preis dafür ist hoch. Er wird nicht in Bilanzen ausgewiesen, sondern im sozialen

Gefüge. Wenn Arbeit ihre integrierende Wirkung verliert, wird sie zum bloßen Zwang.

Working Poor sind damit mehr als ein soziales Randthema. Sie sind ein Indikator dafür, wie eine Gesellschaft Arbeit bewertet und was sie bereit ist, dafür zu geben. Solange Erwerbsarbeit primär als Kostenfaktor betrachtet wird und soziale Sicherheit als individuelle Aufgabe, wird sich an dieser Lage wenig ändern.

Die entscheidende Frage ist deshalb nicht, warum Menschen trotz Arbeit arm sind. Die Frage ist, warum eine Gesellschaft sich daran gewöhnt hat und welche Folgen das langfristig haben wird.



Günther Burbach, Jahrgang 1963, ist Informatikkaufmann, Publizist und Buchautor. Nach einer eigenen Kolumne in einer Wochenzeitung arbeitete er in der Redaktion der Funke Mediengruppe. Er veröffentlichte vier Bücher mit Schwerpunkt auf Künstlicher Intelligenz sowie deutscher Innen- und Außenpolitik. In seinen Texten verbindet er technisches Verständnis mit gesellschaftspolitischem Blick — immer mit dem Ziel, Debatten anzustoßen und den Blick für das Wesentliche zu schärfen.